

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

1/Jän.-Feb. 2015

Attentate in Paris Seite 12

**Kollektivvertrag
bei Niki** Seite 18



Frauen und Technik: You can do it!

Wir brauchen eine Bildungsreform
ab Seite 4

www.gpa-djp.at

Inhalt

Thema

- 04 Frauen und Technik
- 08 Interview mit Sabine Seidler, TU Wien
- 10 Kommentar von Wolfgang Katzian

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Attentate in Paris
- 14 Pensionskonto und Pensionslücke
- 16 Bespitzelung bei Sports direct

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Betriebsrat und Kollektivvertrag bei Niki
- 20 Lehrlinge im Handel
- 22 Aktiv im Handel im Burgenland

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Recht aktuell: Überstunden
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Nurith Wagner-Strauss

Frauen und Technik

16



© surpasspro - Fotolia.de

Bespitzelung bei Sports direct

18



© Nurith Wagner-Strauss

Kollektivvertrag bei Niki

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: OGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: Dr Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21 Verlags Wien Herstellungen Neudörf

Cover-Foto: Nurith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz:

www.gpa-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Unsere Freiheit, unsere Werte

von Dwora Stein

Während wir an dieser Ausgabe der KOMPETENZ gearbeitet haben, passierte etwas Unfassbares: In Paris wurden in einer Zeitungsredaktion insgesamt zwölf Menschen von radikalen Dihadisten brutal ermordet. Mit einer in Europa bisher nicht dagewesenen Grausamkeit wurden JournalistInnen und Zeichner des Satiremagazins Charlie Hebdo kaltblütig hingerichtet. Kurz darauf starben eine Polizistin und in einem koscheren Supermarkt vier Juden durch die Hand eines weiteren Terroristen. Diese Menschen mussten sterben für das, was sie in den Augen ihrer Mörder repräsentierten: die Freiheit der Presse und einen laizistischen Staat, in dem Kritik und Satire auch gegenüber religiösen Inhalten erlaubt sind; die Staatsgewalt eines demokratischen Staates, repräsentiert durch die Polizei; und die Juden für das, was sie sind – Angehörige einer kulturellen und religiösen Gemeinschaft.

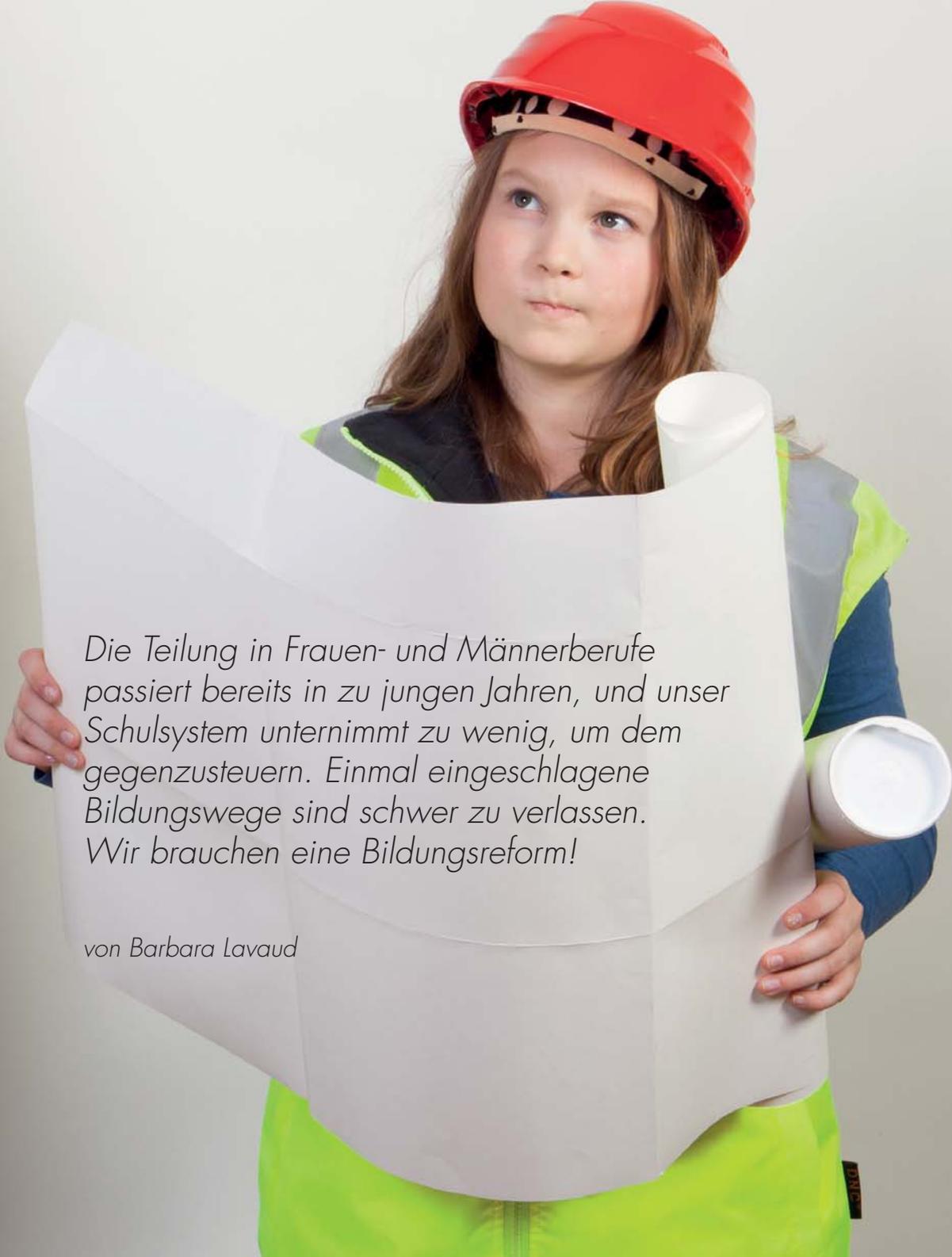
Große Kundgebungen als Ausdruck der Trauer und als Bekenntnis zu den für ein gewaltfreies

Zusammenleben notwendigen unverrückbaren demokratischen Grundwerten folgten. Auch in Wien kamen 12.000 Menschen auf den Ballhausplatz, um deutlich zu machen, dass wir bereit sind für unsere demokratischen Werte zu kämpfen. Europa hat um diese Werte jahrhundertlang gerungen. Auch wir in Österreich haben die historische Erfahrung gemacht, dass jede Diktatur nicht nur die Presse- und Meinungsfreiheit zerstört, sondern auch demokratische Parteien und Gewerkschaften eliminiert. Viele ihrer RepräsentantInnen wurden ermordet.

Durch das Attentat wurde sichtbar, wie verletzlich Europa ist. Die Terroranschläge von 9/11 wollten das Herz der größten westlichen Wirtschaftsmacht treffen. In Paris ging es um unsere Werte und Freiheiten. Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen – egal welcher Herkunft – friedlich zusammenleben können, ein Europa, in dem sich alle Gruppen respektiert fühlen. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. ■



Wo sind die Technik-Queens?



Die Teilung in Frauen- und Männerberufe passiert bereits in zu jungen Jahren, und unser Schulsystem unternimmt zu wenig, um dem gegenzusteuern. Einmal eingeschlagene Bildungswege sind schwer zu verlassen. Wir brauchen eine Bildungsreform!

von Barbara Lavaud



Dass Anna Lehrerin wird und nicht Bauingenieurin, dafür werden schon mit 14 die Weichen gestellt: Da entscheidet sie sich für oder gegen eine HTL.

Mädchen und Burschen wählen ihre Ausbildungen immer noch sehr geschlechtskonservativ. Lisa wird Frisörin, Lukas wird Mechaniker. Das entscheidet sich mit 15. Dass Anna Lehrerin wird und nicht Bauingenieurin, dafür werden schon mit 14 oder gar mit 10 oder 12 die Weichen gestellt: Da wählt Anna nämlich den Sprachenzweig oder den naturwissenschaftlichen Schwerpunkt, da entscheidet sie sich für oder gegen eine HTL.

Das Ergebnis ist ein Arbeitsmarkt, der in Männer- und Frauenbranchen unterteilt ist. Da Frauenberufe meist niedriger entlohnt werden als traditionelle Männerberufe, hat die zu frühe Schwerpunktsetzung bzw. Berufswahl lebenslange Auswirkungen. Es ist dies ein wesentlicher Grund für die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. „Frauen haben im Laufe des 20. Jahrhunderts eine bemerkenswerte

Aufholjagd bei den Bildungsabschlüssen gestartet und haben letztlich mit den Männern gleichgezogen“, betont GPA-djp-Frauensekretärin Barbara Marx. Heute unterscheiden sich junge Männer und Frauen eines Jahrganges nicht bei der Häufigkeit von (Berufs-)Reifeprüfungen und Universitätsabschlüssen. „Unterschiede bestehen aber weiterhin bei den Ausbildungswegen“, so Marx. Junge Frauen besuchen überproportional häufig Schulen mit einer sozialen oder pädagogischen Orientierung, während junge Männer tendenziell in technischen Schulen – HTLs, technischen Fachschulen – zu finden sind.

„Die Segregation des Arbeitsmarktes in Frauen- und Männerbranchen beginnt in der Schulzeit und setzt sich danach ungehindert fort“, kritisiert Marx. Sowohl bei Lehrberufen als auch bei mittleren und höheren Schulen und bei Akademikerinnen entscheiden sich nach wie vor viel zu viele Frauen für Berufe und Branchen, die ohnehin schon frauendominiert sind. Frauen gelingt es kaum, in Männerbereiche vorzudringen. Und das, obwohl es von politischer Seite seit Jahren ernsthafte Bemühungen gibt, Frauen für technische Berufe zu begeistern und

Da Frauenberufe niedriger entlohnt werden, hat die zu frühe Berufswahl lebenslange Auswirkungen.

vieles unternommen wird, um die Frauenquote an technischen Schulen und Hochschulen anzuheben.

Für sich genommen wäre eine unterschiedliche Berufswahl bei Burschen und Mädchen noch kein Problem – wäre da nicht die schlechtere Entlohnung in den Frauenbranchen. „Techniker in der Industrie sind besser bezahlt als z. B. Lehrerinnen oder Pflegerinnen“, sagt Marx. Was die

Situation insofern noch verschlimmert ist, dass die unterschiedliche Bezahlung die Lage einzementiert: „Je schlechter die Einkommen in den Frauenbranchen, desto weniger Männer wollen sich für diese Berufe entscheiden. Weil Männer nicht nur mit dem Image von ‚Frauenberufen‘ hadern, sondern auch von Jugend an karriereorientierter handeln“, meint Marx. Die GPA-djp hat sich in den vergangenen Jahren des Problems verstärkt angenommen und bereits vieles erreichen können: So wurden in Branchen wie dem Handel oder bei den Gesundheits- und Pflegeberufen besonders die unteren Einkommen bei den KV-Verhandlungen angehoben. Ein ganz wesentlicher Schritt war auch die Anrechnung der Karenzzeiten auf die Vorrückungen, die die GPA-djp in wichtigen Branchen durchsetzen konnte.

Fehlende Vorbilder

„Ein großes Problem sind fehlende Vorbilder“, findet Marx. „Eltern raten ihren Kindern meist zu den traditionellen Rollen, weil sie sie selbst innehaben. Ein Mädchen soll Frisörin und nicht Mechanikerin werden.“ Und so kommt es, dass in vielen Klassen in technischen Fachschulen grade mal zwei Mädchen sitzen – „was eine Vierzehnjährige dann erst recht abschreckt, einen technischen Zweig zu wählen“, befürchtet Marx.

Obwohl in den Schulen geschlechtssensibler Unterricht und Sprache verankert sind, scheinen viele Barrieren – vor allem im Kopf – immer noch nicht überwunden. Nach wie vor schneiden auch schon im Schulunterricht Mädchen in den Sprachen besser ab, Buben in den Naturwissenschaften. „Wenn bei einer Probeschularbeit für die Zentralmatura jedes dritte Mädchen eine Fünf hatte, aber nur jeder vierte Bub, wie jüngst geschehen, dann sehe ich hier einen sehr dringenden pädagogischen



Eine möglichst späte Berufsentscheidung macht es leichter, tatsächliche Begabungen und Interessen zu erkennen. Ein eingeschlagener Bildungsweg ist nur mehr schwer zu verlassen.

Handlungsbedarf“, ärgert sich Marx. Dass die Schulerfolge dann die Berufswahl beeinflussen, nimmt nicht Wunder.

Initiativen

Zahlreiche Unternehmen versuchen, durch konkrete Initiativen gegenzusteuern: So sucht die OMV „Technikqueens“, Siemens fördert Informatikstudentinnen durch Exzellenzstipendien. Auch die Politik ist nicht untätig: Als eine der bekanntesten Initiativen sei FEMtech angeführt, die Frauen in Forschung und Technologie fördert.

Trotzdem sind diese Initiativen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Eine umfassende Reform des Bildungswesens, die den Aspekt der Geschlechtergleichstellung deutlich mehr als bisher berücksichtigt, ist längst überfällig. Ein wesentliches Element ist eine gemeinsame Schule bis 14 Jahre. „Eine möglichst späte Berufsentscheidung macht es

leichter, tatsächliche Begabungen und Interessen zu erkennen. Da ein einmal eingeschlagener Bildungsweg nur noch sehr schwer zu verlassen ist, ist dies umso wichtiger“, betont Marx.

Ein europäischer Vergleich zeigt, dass es in anderen Ländern zwar auch Tendenzen zu einer geschlechtsspezifischen Berufswahl gibt, sie sind jedoch meist weniger deutlich ausgeprägt. Das führt dann auch zu einer kleineren Lohnschere.

„Unser Ausbildungssystem muss neue Ansätze finden, um eine Berufswahl zu fördern, die eine bessere Chancengleichheit verspricht“, fordert Marx. „Es darf auch nicht weiterhin tatenlos zugesehen werden, wie Burschen in Mathe besser abschneiden und Mädchen in Sprachen. Natürlich sollte die Schule persönliche Vorlieben berücksichtigen, aber solche Phänomene dürfen nicht einfach unhinterfragt hingenommen werden.“

Infos zu Förderungen und Initiativen

Der „**Girl's Day**“ bietet Mädchen zwischen 10 und 14 die Chance, erste Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu erhalten und praktische Erfahrungen zu sammeln: www.girlsday.at

FEMtech fördert Frauen in Forschung und Technologie und schafft Chancengleichheit in der industriellen und außeruniversitären Forschung www.femtech.at

Siemens Exzellenzstipendien für Frauen: mehr dazu auf www.tuwien.ac.at/aktuelles

Technikqueen will neue Initiativen in der Berufswahl unterstützen: www.technikqueen.at

FIT veranstaltet Schulbesuche und Infotage zum Thema Frauen und Technik: www.fitwien.at

Sabine Seidler, Rektorin der TU Wien: „Technik als Berufsoption muss als attraktiv bekannt werden.“



© Raimund Appel

Gesellschaftliche Herausforderung

Um mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaften zu bringen, braucht es mehr als Frauenförderpläne, meint TU-Wien-Rektorin Sabine Seidler.

Das Interview führte Alexia Weiss

KOMPETENZ: Egal, ob Frauen über einen Lehr- oder einen Universitätsabschluss verfügen: in Österreich entscheiden sie sich mehrheitlich immer noch gegen eine technische Ausbildung. Das führt in der Folge auch zu geringeren Einkommen im Vergleich zu jenen von Männern. Was läuft im heimischen Bildungssystem falsch, sodass sich immer noch so viele Mädchen und junge Frauen gegen Technik, aber auch gegen Naturwissenschaften entscheiden?

Sabine Seidler: TechnikerInnenmangel als Problem wird von Politik, Wirtschaft und Industrie immer wieder bestätigt. Reine Imagekampagnen werden dieses Problem nicht lösen. Es gilt, Technikaffinität frühzeitig zu erkennen und Angebote zu schaffen, wie diese gepflegt werden kann.

Im Projekt „Kinderuni“ zum Beispiel arbeiten Hochschulen und Unternehmen gemeinsam an diesem Ziel. Technik als Berufsoption – vom Lehrberuf bis zur akademischen Karriere – muss als attraktive Option bekannt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass es nahezu als „schick“ gilt, in Mathematik in der Schule „schlecht“ gewesen zu sein.

An Universitäten gibt es derzeit aber ein Missverhältnis von AnfängerInnenzahlen und verfügbaren Ressourcen. Das gilt auch für die technischen Studien. Deshalb sind undifferenzierte Awareness-Kampagnen wenig zielführend. Erfahrungen aus Projekten wie „Kinderuni“ zeigen, dass das Interesse der Sieben- bis Zwölfjährigen an Naturwissenschaft und Technik, im Übrigen sogar geschlechtsneutral, vorhanden ist.

Das ist unsere Zielgruppe, deren Interesse sowohl im Rahmen des Unterrichts als auch in begleitenden Angeboten bis zur Studienwahl erhalten werden muss.

Aus unserer Erstsemestrigenbefragung wissen wir, dass Freunde, Eltern und LehrerInnen die Studienwahl stark beeinflussen. Als Motive werden Interesse am Fach, resultierende Karrierechancen und die Ansicht, das Studium passe zu den eigenen Fähigkeiten angegeben. Das Bildungssystem kann also durch gute und begeisternde LehrerInnen einerseits, und durch die Unterstützung beim Erkennen der eigenen Fähigkeiten andererseits junge Menschen unterstützen, die individuell richtige Studienwahl zu treffen. Da auch Eltern und Freunde die Wahl stark mit beeinflussen, gilt es

hier bestehende Klischees aufzubrechen und Berührungspunkte abzubauen. Technik umgibt uns und ist fixer Bestandteil des Alltags.

KOMPETENZ: Worin liegt aus Ihrer Sicht hierzulande die Unattraktivität von sogenannten Männerberufen für Frauen begründet?

Sabine Seidler: Ich glaube nicht an Kategorien wie „Männerberufe“, noch dass diese für Frauen unattraktiv sind. So lange es jedoch nicht gelingt, genau diese Stereotypen aufzubrechen, werden wir ein Problem haben. Beschäftigt man sich ohne Vorbehalte mit dem Angebot, entdeckt man beste Aufstiegs- und Entwicklungschancen in interessanten Arbeits-, Forschungs- und Studienangeboten. Das Erkennen der eigenen Fähigkeiten und die Information zu passenden Angeboten sind ein Schlüssel, um tradierte Rollenbilder zu durchbrechen.

KOMPETENZ: Sie selbst sind in Ostdeutschland aufgewachsen. Dort gab es viele Technikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen. Auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas ist es bis heute selbstverständlich, dass Mädchen eine HTL besuchen oder an einer technischen Hochschule studieren. Wie erklären Sie sich das?

Sabine Seidler: Dass System in der ehemaligen DDR bot weniger Freiheit in der Studienwahl als das in Österreich jetzt der Fall ist. Die Platzvergabe erfolgte aufgrund des Bedarfs, als Resultat hatte man nur begrenzte Wahlmöglichkeiten. Dadurch ergab sich automatisch auch eine höhere Geschlechterdurchmischung in den einzelnen Studien. Systembedingt wurde auch die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz geprägt, es war schlicht „normal“, Frauen in allen Bereichen vertreten zu haben. Diese Selbstverständlichkeit von Technikerinnen hat sich wohl bis heute erhalten.



© TU Wien

Die TU Wien verzeichnet zwar einen Anstieg bei der Zahl der Studentinnen, aber dies passiert nur langsam.

KOMPETENZ: Wie kann man junge Frauen bei der Berufswahl ermutigen, auch Branchen ins Auge zu fassen, die eben keine traditionellen Frauentätigkeiten sind?

Sabine Seidler: Es sind nicht fehlender Mut oder zu großer Respekt, der Frauen abhält, einen technischen Beruf zu ergreifen, denn die Talente sind ja gleich verteilt. Es sind die Rahmenbedingungen. Frauenförderung greift zu kurz und unterstellt – rein begrifflich – Frauen hätten Defizite.

Wir versuchen in allen Bereichen, die besten Köpfe an die TU Wien zu bekommen. Neben einer bewussten Internationalisierung sind unterschiedlichste Aktivitäten im Bereich Diversity und Frauenförderung Bausteine dieser Bestrebungen. Nicht zuletzt die Besetzung der Vizerektorin für Personal und Gender drückt dies aus. Generell gilt es, festgefahrene gesellschaftliche Rollenbilder zu brechen. Das Sichtbarmachen entsprechender Vorbilder ist ein Weg, dazu beizutragen.

KOMPETENZ: Wie sieht für Sie grundsätzlich ideale Mädchen- und Frauenförderung aus?

Sabine Seidler: Bildung ist ein Menschenrecht – und damit unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion oder Herkunft. Wir arbeiten laufend daran, für alle unsere MitarbeiterInnen und Studierenden möglichst positive Rahmenbedingungen zu schaffen. Damit ist vor allem

die Einstellung aller Beteiligten gemeint, die für das Thema sensibilisiert werden müssen

Natürlich haben wir hervorragende Programme in diesem Bereich. Diese können aber nur dann optimal wirken, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. In männerdominierten Studienrichtungen beklagen Studentinnen oftmals ihre Sichtbarkeit. Sie sind exponierter als ihre Studienkollegen und damit angreifbarer. Zwar verzeichnen wir einen Anstieg bei der Zahl weiblicher Studierender, aber dies passiert nur langsam. Die Teilhabe von Frauen ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Das kann eine Universität allein nicht lösen. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden. ■

Sabine Seidler

geb. 1961 in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt). Die Werkstoffwissenschaftlerin wurde 1996 als Professorin an die Technische Universität (TU) Wien berufen. Von 2007 bis 2011 war sie Vizerektorin für Forschung, im Anschluss wurde sie zur ersten Rektorin der Wiener TU gewählt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Kunststoffdiagnostik, die Bruchmechanik und Struktur-Eigenschaftsbeziehungen in Kunststoffen. Seidler ist verheiratet und Mutter zweier Kinder.

Kommentar



Wir machen weiter Druck

Eine Steuerreform darf nicht mehr länger aufgeschoben werden.

von Wolfgang Katzian

Im Jänner wurde der aktuelle Sozialbericht veröffentlicht – mit einer Reihe von wenig erfreulichen Zahlen und Fakten. Die Lohnquote sinkt und damit der Beitrag der ArbeitnehmerInnen zum Bruttoinlandsprodukt. Gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen aus der Lohnsteuer beständig, und die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die wir ausverhandeln, kommen nur zu einem Teil bei den ArbeitnehmerInnen an. Obwohl die Bruttoeinkommen stärker steigen als die Preise, deckt die Steigerung der Nettoeinkommen die Teuerung nur zum Teil ab. Der Sozialbericht bestätigt, was wir seit Jahren trommeln. Eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen darf nicht mehr aufgeschoben werden.

Auch die Verteilungssituation innerhalb der ArbeitnehmerInnen hat sich verschlechtert. Die obersten 20 % der EinkommensbezieherInnen bekommen fast die Hälfte des „Kuchens“, die untersten 20 % gerade einmal 2 %. Gemeinsam mit der AK, mit dem ÖGB und den anderen Gewerkschaften haben wir daher ein Modell für eine Lohnsteuerreform ausgearbeitet, das auch BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen nutzt. Die

von uns auch geforderte Erhöhung der Negativsteuer bringt auch jener Gruppe, die derzeit keine Steuern zahlt, eine Einkommenssteigerung.

Dass wir eine Steuerreform mit einer Entlastung des Faktors Arbeit brauchen, ist mittlerweile zum Glück jedem in diesem Land klar geworden. Das wird deutlich, wenn man eine beliebige Zeitung an einem

Dass wir dringend eine Steuerreform brauchen, ist mittlerweile allen klar geworden.

beliebigen Tag öffnet. Ein Erfolg, den wir auf jeden Fall auf unser Konto verbuchen können. Selbst der nicht gerade für seine arbeitnehmerInnenfreundlichen Positionen bekannte IHS-Chef Keuschnigg hat im Gespräch mit der APA damit aufgehörtchen lassen, dass eine Entlastung unterer Einkommen besser für die Konjunktur sei.

Dass es eine Steuerreform geben wird mit einer Entlastung der ArbeitnehmerInnen, halte ich mittlerweile für sehr wahrscheinlich. Wie diese Entlastung jedoch im Detail gestaltet sein wird, und vor

allem wie sie gegenfinanziert werden soll, ist jedoch nach wie vor völlig offen.

Etwas mehr als einen Monat hat die Regierung noch Zeit, sich auf eine Steuerreform zu einigen, die die soziale Schieflage deutlich vermindert. Damit kann nur eine Steuerreform gemeint sein, die auch große Vermögen in irgendeiner Form miteinbezieht. Eine zumindest teilweise Gegenfinanzierung durch vermögensbezogene Steuern zu ersetzen durch eine sogenannte Strukturreform, ist für uns kein gangbarer Weg. Weil sich hinter dem schönen Wort Strukturreform beinharte Einsparungsideen verbergen, die genau diejenigen treffen, die wir entlasten wollen: bei der Gesundheit, der Bildung, bei Sozialleistungen und bei den Pensionen. Das würde bedeuten, dass die ArbeitnehmerInnen sich die Steuerersenkung selbst bezahlen müssen. Wir werden daher der Regierung in der nächsten Zeit noch genauer als sonst auf die Finger schauen und jeden Vorschlag danach beurteilen, ob er wirklich geeignet ist, die soziale Schieflage zu beseitigen und Bundeskanzler, Vizekanzler und Finanzminister bei Bedarf auch an ihre eigene Zielsetzung erinnern. ■



© GPA-djp

UNI-Weltkongress in Kapstadt

Verteilungsgerechtigkeit, Vermögenssteuern und TTIP

UNI Global Union, der Gewerkschaftsverband der Dienstleistungssektoren, dem weltweit mehr als 900 Gewerkschaften mit knapp 14 Millionen Mitglieder angehören, hielt Ende 2014 seinen Weltkongress in Kapstadt (Republik Südafrika) ab. Die GPA-djp war neben anderen Gewerkschaften aus Österreich mit einer kleinen Delegation vertreten (im Bild v. l. n. r.: Barbara Teiber, GPA-djp Wien, Julia Marx, GPA-djp-Jugend, Karl Proyer, stv. Bundesgf. GPA-djp, Wolfgang Greif, Internationaler Sekretär GPA-djp, Bettina Zweiler, BRV Pensionsversicherungsanstalt, Snjezana Brajinovic, BRV Zielpunkt).

„Auf globaler Ebene gilt das Gleiche, was wir in Österreich verfolgen:

gute Bezahlung für gute Arbeit“, so Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. Verteilungsfragen, Kampf gegen Ungleichheiten bei den Einkommen und Stopp von Sonderrechten für Investoren in Freihandelsverträgen standen im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatten dieses 4. Weltkongresses. Zentrale Forderungen waren außerdem ein globaler Steuerpakt mit vermögensbezogenen Steuern und Finanztransaktionssteuer sowie ein Moratorium betreffend die Verhandlungen internationaler Freihandelsverträge (TTIP), welche Arbeits- und Konsumentenschutzrechte gefährden.

Mehr dazu: www.gpa-djp.at/international

ASFINAG: Kampf gegen Privatisierung erfolgreich

„Das drohende Gespenst der Privatisierungen ist verscheucht“, kommentiert Roman Grünerbl, Konzernbetriebsratsvorsitzender der ASFINAG, die Neuordnung der staatlichen Unternehmensbeteiligungen. Demnach sind Privatisierungen ausdrücklich nur im Auftrag der Regierung möglich: „Unser Widerstand hat sich gelohnt, ich bedanke mich bei allen, die mit uns gegen die Privatisierung mobil gemacht haben.“ Der Betriebsrat hat zusammen mit der GPA-djp auf allen politischen Ebenen klargemacht, dass es keinen Veränderungsbedarf gibt, weil das Unternehmen in den Ministerien bestens aufgehoben ist.

Watchlist Praktikum: Dreiste Inserate

Seit einem halben Jahr kämpft die GPA-djp auf der Onlineplattform www.watchlist-praktikum.at für mehr Rechte junger ArbeitnehmerInnen. PraktikantInnen können auch rückwirkend anonym melden, wie ihr Praktikum bezüglich Bezahlung und Arbeitszeit gelaufen ist.

Bald 30.000 Klicks und mittlerweile 150 konkrete Meldungen bestätigen den Handlungsbedarf. „Es werden die unglaublichsten Erlebnisse von Nicht- und Unterbezahlung gemeldet, für viele Unternehmen ist es offensichtlich ganz normal, BerufseinsteigerInnen auszubeuten“, berichtet Veronika Kronberger von der GPA-djp.

Oft zeichnet sich das schon in den Inseraten ab, wo hohe Qualifikationen und Flexibilität zum Billigst- oder sogar zum Nulltarif gefordert werden. „Wir haben uns entschlossen, besonders dreiste Inserate öffentlich zu machen – die Unverfrorenheit, mit denen manche Arbeitgeber glauben, das Arbeitsrecht umgehen zu können, lässt uns keine andere Wahl“, so Kronberger. Ein Praktikum, das sich als verstecktes Arbeitsverhältnis entpuppt, muss selbstverständlich laut Kollektivvertrag entlohnt werden.



Die erste Ausgabe von Charlie Hebdo nach dem Attentat: Der weinende Prophet Mohammed hält ein Schild mit „Ich bin Charlie“ in den Händen, darüber steht: Alles ist vergeben.

Ein ganz normaler Tag

Anmerkungen zu zwei Attentaten.

von Franz C. Bauer, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp

Meine Frau arbeitet in einem kleinen Einzelhandelsgeschäft. Sie ist dort sozusagen eine religiöse Minderheit. Vier Muslime. 8. Jänner, der „Tag danach“: Kein Wort über das Attentat. Kein Wort über Terrorismus. Kein Wort über Islamismus. Gülsen hat wie jeden Tag gegen 11 Uhr vom Fleischhauer nebenan die Wurstsemmeln geholt. Extrawurst, das mögen alle. Sumayka hat sich wieder mal über ihre Schwiegermutter mokiert. Bei der muss sie Kopftuch tragen. Özcan ist wie immer jede Stunde verschwunden, weil das mit dem Rauchen-Aufhören noch nicht so recht klappen will. Es war ein ganz normaler Tag.

*

Der 7. Jänner 2014 war kein ganz normaler Tag. Der Anschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo löschte beinahe eine ganze

Redaktion aus. Wenig später klingelte bereits das Telefon. Wie fast immer war es ein emsiger Kollege aus der apa, der eine schnelle Stellungnahme vom Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft wollte. Was, bitte, soll ich denn dazu sagen? „Anschlag auf die Meinungsfreiheit“, „Attacke gegen die Menschenrechte“... Nein, dafür gibt es keine Worte. Die gnädige Routine der diensthabenden Kolleginnen und Kollegen macht aus leeren Gemeinplätzen immer wieder brauchbare Meldungen, die dann gewichtig in den Medien zitiert werden. Rasch waren auch Politiker, gefragte wie ungefragte, mit ihren bedeutungsschweren Stellungnahmen für Presse- und Meinungsfreiheit bei der Hand. So ein Attentat – schon eine feine Gelegenheit, um zu zeigen, für wie wichtig man doch die Pressefreiheit hält. Den kurz darauf

folgenden Überfall auf den koscheren Supermarkt mit vier Toten, den kommentierte übrigens kaum ein Politiker.

Dann das Mail aus der GPA-djp, unserer Gewerkschaft: Da sollten wir doch was machen, ein Statement für unsere Mitglieder, da müssen wir Stellung beziehen. Kannst du das schreiben? Zehn Minuten später war das Mail fertig – man hat ja Routine in solchen Sachen. Der Originaltext fand keinen Gefallen bei den netten Kollegen in der Presseabteilung. „Nein bitte, das mit dem ‚religiös motivierten Terrorismus‘ – das geht so nicht. Das spielt doch ‚den anderen‘ in die Hand.“ Kurze Pause meinerseits. „Welchen Anderen?“ „Na du weißt schon, das kann politisch missbraucht werden.“ Wieder Pause meinerseits. „Von mir aus, schreibt's halt Terrorismus wie auch

immer er motiviert ist. Oder sowas halt.“ Meine Formulierung blieb drin, rutschte nur etwas weiter nach hinten, wurde etwas abgemildert durch den Hinweis auf fundamentalistische Strömungen „aus welcher Richtung auch immer sie kommen“. Stimmt schon, jede Motivierung von Gewalt ist abzulehnen, aber dieser Akt der Barbarei kam eben nur aus einer Richtung.

Die Schere in unseren Köpfen, sie ist so aktiv und so scharf wie lange nicht mehr. Ängstlich sind wir bemüht, dem verborgenen Pfad der „politischen Korrektheit“ zu folgen, bereitwillig und gedankenlos üben wir Selbstzensur, wenn Gefahr droht, „religiöse“ Gefühle zu verletzen. Oder „den anderen“ in die Hände zu spielen.

Eigene Meinung? Religiöse Gefühle?

Vor einigen Jahren erschien ein Buch mit Karikaturen Gerhard Haderers, in dem dieser Jesus als dauerbekifften, etwas doofen Hippie darstellte. In einem Kommentar schrieb ich damals, die Kirche sollte sich darüber nicht aufregen (was sie natürlich tat), sondern das Buch sponsern. Die doch eher sympathische Darstellung des Religionsgründers korrespondiere jedenfalls keineswegs mit den Grausamkeiten wie etwa Hexenverbrennungen, die die von ihm angeblich gegründete Organisation zu verantworten habe. Es gab Leserbriefe, Drohungen.

Aber könnte ein ähnliches Buch über Mohammed überhaupt erscheinen? Verlage weigern sich aus Angst, islam-kritische Bücher zu veröffentlichen. In Deutschland wurde die Mozart-Oper Idomeneo abgesetzt, weil Kritik aus muslimischen Kreisen kam. Und wann gab es Voltaires „Mahomet“ zuletzt auf einer großen Bühne? Zensur – sie existiert bereits, und sie wird immer rigider. Der Weltverband der muslimischen Religionsgelehrten erklärte es

für „unklug“, dass Zeitungen nach dem Attentat Charly-Hebdo-Karikaturen publizieren. „Unklug“? Wer entscheidet, wann eine Karikatur, ein Kommentar „klug“ ist? Und der Zentralrat der deutschen Muslime sprach sich in einer Stellungnahme zwar für Pressefreiheit aus, forderte aber gleichzeitig eine Verschärfung des Blasphemieparagrafen, weil „religiöse Gefühle in anderen Ländern stärker geschützt seien“.

Was mir dazu einfällt? In Saudi-arabien – so berichten westliche Medien – ist ein Blogger zu 1.000 Peitschenhieben verurteilt worden, weil er die drei monotheistischen Religionen als gleich wertvoll bezeichnet hatte.

Die Antwort? Unsere Politiker fordern bessere Waffen und Panzer, das Militär rückt aus, und die Vorratsdatenspeicherung soll wieder eingeführt werden. Die Beschneidung bürgerlicher Freiheitsrechte als Antwort auf die Bedrohung bürgerlicher Freiheitsrechte?

Am nächsten Samstag kommt Özcan auf Besuch zu mir nach Haus. Im Geschäft, in dem meine Frau arbeitet, damals, am Tag danach, hat er mitgehört, wie sie mit mir am Telefon über die Whiskyverkostung geredet hat, zu der ich jedes Jahr im Winter Freunde einlade. Özcan

hat nur ganz leise gemeint: Whisky – ja, das mag er auch. „Dann komm doch vorbei“, hat meine Frau gesagt. Wir werden nicht über das Attentat reden. Wir werden nicht über Terrorismus reden. Wir werden nicht über Islamismus reden. Warum auch? Was geht das Özcan an? Es wird ein ganz normaler Tag.

In unserem Land leben Zehntausende Özcan, Gülsens und Sumaykas. Sie haben Sorgen wie „wir“, gern teilen sie mit uns ihre und unsere Freuden. Sie können mit uns Whisky oder Orangensaft trinken, und vielleicht halten sie sogar den Ramadan. Ist jeder, der zu Haus einen Weihnachtsbaum aufstellt und am Karfreitag kein Fleisch isst, gleich ein fundamentalistischer Christ, den missionarischer Eifer beseelt?

Eben.

In unserem Land leben Zehntausende Özcan, Gülsens und Sumaykas. Und wahrscheinlich ein paar Dutzend Terroristen. Lassen wir uns, und Gülsen und Sumayka und Özcan, nicht in Geiselhaft nehmen. Ja, wir müssen wachsam sein. Wir müssen unsere Freiheit verteidigen. Lassen wir uns nicht vorschreiben, was wir zu denken und wie wir zu handeln haben.

Von niemandem. ■

© Rolf Vennenbernd / dpa / picturedesk.com



In Köln halten Moslems bei einer Kundgebung nach den Attentaten im Jänner Schilder mit der Aufschrift „Nicht in unserem Namen“.



Scheinbar kleine Unterschiede in den Annahmen können große Auswirkungen auf die berechnete Pensionslücke haben.

Pensionskonto und Pensionslücke

Die Kontoerstgutschrift ist niedriger als erwartet? Zuerst Nachrechnen ehe man eine groß gerechnete Lücke teuer schließt!

von David Mum

Millionen Menschen haben von der PVA ihre Kontoerstgutschrift erhalten. Diese zeigt ihnen die Höhe ihrer bis Ende 2013 erworbenen Pensionsansprüche. Bei zahlreichen Versicherten ist dieser Wert relativ gering, weil sie noch viele Versicherungsjahre vor sich haben. Da das Pensionskonto für alle ab 1955 geborenen Menschen gilt, wird die Pension aber ganz sicher höher sein, als die Erstgutschrift. Je länger man noch bis zur Pensionierung hat, desto stärker wird die Pension von der aktuellen Kontoerstgutschrift abweichen.

Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens erwirbt man mit jedem Versicherungsjahr einen zusätzlichen Pensionsanspruch. Dieser beträgt

1,78 Prozent des versicherten Einkommens. Wer z. B. 2014 monatlich 2.000 EUR brutto verdient hat, hat damit einen zusätzlichen Pensionsanspruch von 35,6 EUR brutto pro Monat erworben.

Zweitens wird der gesamte bereits erworbene Pensionsanspruch jährlich im Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen erhöht („Aufwertungszahl“). Dies errechnet sich aus der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage in der Sozialversicherung.

Wie groß wird die Pensionslücke?

Anbieter von Pensionszusatzvorsorgeprodukten wie Banken,

Versicherungen und Vermögensberater bieten nun anhand der Erstkontogutschrift an, die Pensionslücke zu berechnen. Mit dem Begriff „Pensionslücke“ wird die Differenz zwischen der zu erwartenden Pension und dem Letzteinkommen gemeint. Nachdem beide Werte noch nicht feststehen, kann man mit verschiedenen Annahmen eine größere oder kleinere Pensionslücke errechnen.

Wovon hängt die Pensionslücke ab?

Wer erst zum Regelpensionsalter in Pension geht, hat sicher eine kleinere Pensionslücke als jemand, der vorzeitig in Pension geht und für jeden Monat vor dem

Regelpensionsalter Abschlüsse in Kauf nehmen muss.

Wer derzeit Vollzeit arbeitet und auf Teilzeit wechselt, hat ein geringeres Einkommen und erwirbt daher für jedes zusätzliche Versicherungsjahr geringere Ansprüche als bei Fortsetzung der Vollzeitbeschäftigung. Andererseits wird auch das Letzteinkommen geringer sein. Man hat also eine geringere Pensionslücke und eine geringere Pension!

Wer die Beschäftigung verlieren wird, ist zwar weiter pensionsversichert, erwirbt aber in der Arbeitslosigkeit für jedes Versicherungsjahr um 30 Prozent geringere Pensionsansprüche als davor. Es erfolgen Gutschriften in der Höhe von 70 Prozent des Einkommens vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Je länger man arbeitslos bleibt, desto größere Einbußen. Wer seine Arbeit verliert, wird sich aber andererseits sehr schwer tun, laufend für ein Altersvorsorgeprodukt einzuzahlen.

Gute „Verzinsung“

Die Ansprüche am Pensionskonto werden jährlich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltsentwicklung aufgewertet. In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Aufwertungszahl sehr ähnlich wie die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter. Damit war sie deutlich höher als die Preissteigerung. Während die Preise von 1995 bis 2013 um 40 Prozent gestiegen sind, stiegen die KV-Löhne und die Aufwertungszahl um 54 Prozent. Die Pensionsansprüche werden daher nicht nur gegen die Teuerung abgesichert. Man wird mit der jährlichen Aufwertung der Pensionsansprüche am Wohlstandszugewinn beteiligt. Die Aufwertungszahl betrug 1995 bis 2013 durchschnittlich 2,4 Prozent pro Jahr, die Inflation 1,9 Prozent. Die Ansprüche am Pensionskonto werden derzeit auch deutlich besser „verzinst“ als ihre Geldguthaben auf einem Sparbuch!

Da Prognoserechnungen von vielen Annahmen abhängen, ist das Ergebnis immer einigermaßen „gestaltbar“. Vergleiche zwischen dem AK-Pensionsrechner und Online-Pensionslückenrechnern aus dem Banken- und Versicherungsbereich haben erwartungsgemäß gezeigt, dass letztere eine höhere Pensionslücke errechnen.

Groß gerechnete Lücke

Bei manchen Online-Rechnern wird die Pensionslücke etwa mit folgenden Annahmen „groß“ gerechnet:

Die Pensionsansprüche werden deutlich geringer hochgerechnet als die Einkommen. Das ergibt dann eine deutliche Erhöhung der Pensionslücke! Die öffentliche Pension wird so hochgerechnet, als wenn die Aufwertungszahl immer genau der Preissteigerung entspricht. Wie wir oben gesehen haben, lag die Aufwertungszahl in den vorigen Jahren aber deutlich über der Inflationsrate. Würde dieser Effekt berücksichtigt werden, so würde dies die Pensionslücke verkleinern, weil sich eine höhere Pension ergibt. Oder aber die Pensionslücke wird in heutigen Preisen berechnet und dann mit einer hohen Inflationsrate auf den Wert zum Pensionsantritt hochgerechnet.

Wichtig ist: Scheinbar kleine Unterschiede in den Annahmen können große Auswirkungen auf die berechnete Pensionslücke haben, wenn noch viele Jahre vor der Pension liegen. ■

Wie wird eine Pensionslücke berechnet?

Es ist Vorsicht geboten, wenn BeraterInnen von privaten Vorsorgeprodukten eine hohe Pensionslücke berechnen und zum Kauf von Vorsorgeprodukten raten. Vergleichen Sie deren Ergebnisse mit dem Pensionsrechner der AK! Diesen finden Sie unter:

<http://pensionsrechner.arbeiterkammer.at/>

Mit diesem Pensionsrechner kann man sich ein Bild über die zu erwartende Pension machen. Man kann verschiedene Szenarien rechnen und Darstellungen wählen.

Der Rechner zeigt ihnen die zu erwartende Pension in drei Ausprägungen:

- **Heutig:** Pension zu heutigen Preisen und Kaufkraft.
- **Real:** Zeigt die Kaufkraft der Pension in heutigen Preisen. Da die Ansprüche am Pensionskonto mit Lohnentwicklung und nicht der Preisentwicklung valorisiert werden, gewinnt man Kaufkraft.
- **Nominal:** Pensionshöhe im Jahr des Pensionsantritts zu den hochgerechneten Werten, also auf Basis der Einkommen und Preise des Pensionsjahres.
- **Karriere:** Man kann verschiedene Karrierefaktoren eingeben. Damit kann man simulieren, wie stark das individuelle Einkommen stärker steigt als das Durchschnittseinkommen.

mehr Infos

Ausführlichere Informationen erhalten sie auf der Website der GPA-djp www.gpa-djp.at



Bespitzelung bei SportsDirect

Ein kranker Mitarbeiter wurde von einem Detektivbüro mittels GPS-Ortungsgesetz überwachet.

von Barbara Lavaud

Hohe Wogen schlug im Jänner ein Fall von Mitarbeiterüberwachung beim Discounter SportsDirect, über den das Magazin profil ausführlich berichtete. „Die vom profil veröffentlichten Praktiken der Überwachung von Beschäftigten durch Detektivbüros im Auftrag von Unternehmen sind ungesetzlich und verstoßen gegen die Menschenwürde. Wir fordern an erster Stelle den Sportartikelhändler SportsDirect auf, derartige Bespitzelung von Beschäftigten sofort einzustellen“, verlangte daher umgehend der GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

Konkret schilderte profil den Fall einer besonders menschenverachtenden Überwachung eines Beschäftigten, der sich wegen eines Burn-outs in einem Langzeitkrankenstand

befand. Der Mann war dann von einem Privatdetektiv beschattet worden, den der Arbeitgeber SportsDirect engagiert hatte. Auf das Auto des Mitarbeiters wurde für einige Tage ein GPS-Ortungsgesetz montiert. Dann kam es zu einer fristlosen Entlassung des Mitarbeiters. Der Detektiv war engagiert worden, um dem Mitarbeiter genesungswidriges Verhalten und damit Krankstandsmissbrauch nachzuweisen. So wollte der Arbeitgeber die „Fristlose“ begründen.

Die GPA-djp stellte in jüngster Zeit in ihrer Beratungstätigkeit fest, dass solche ungesetzlichen Praktiken der Überwachung und Bespitzelung gehäuft vorkommen. „Wir unterstützen jeden Betroffenen bei der Durchsetzung seiner Rechte. Wir gehen auch davon aus, dass im konkreten

Fall der SportsDirect-Beschäftigte, der vor Gericht von der GPA-djp vertreten werden wird, Recht bekommen wird und die Entlassung zurückgenommen werden muss“, so die Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien, Barbara Teiber.

Sowohl die Praktiken von immer mehr Unternehmen als auch die Rolle von Detektivbüros, die offenbar in dieser Form der Überwachung ein neues Geschäftsfeld entdecken, sollten der Wirtschaftskammer als deren Interessenvertretung nicht gleichgültig sein, sagt Wolfgang Katzian: „Es liegt auch in der Verantwortung der WKO, ethische Kriterien in der unternehmerischen Tätigkeit einzumahnen und diese menschenunwürdige und ungesetzliche Bespitzelung von Menschen einzustellen.“ ■



Spielregeln für den Online-Handel

GPA-djp fordert eine parlamentarische Enquete, um die Gleichstellung mit österreichischen Unternehmen voranzutreiben.

Onlinehändler mit Firmensitz im Ausland haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber österreichischen Unternehmen: Sie müssen derzeit keine Abgaben für die Verschrottung von Altgeräten zahlen. „Das bedeutet, dass der österreichische Elektrohandel und damit die KonsumentInnen sämtliche Kosten übernehmen, die KundInnen ausländischer Versandfirmen bei der Abgabe von Elektrogeräten verursachen“, erklärt Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, am Beispiel von Amazon. „Kauft man eine Waschmaschine bei einem österreichischen Händler, so ist dieser verpflichtet, auch die alte, bei Amazon oder einem anderen Onlinehändler

gekauft Waschmaschine zurückzunehmen und für die Entsorgung zu sorgen.“ Außerdem zahlen ausländische Online-Konzerne offenbar keine Verpackungsabgabe.

„Unser Ziel ist eine faire Gleichstellung von in- und ausländischen Unternehmen. Unternehmen mit vielen KundInnen in Österreich sollen einen Standort, also eine Unternehmensadresse in Österreich haben, und nicht nur ein Postkastl“, so GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian, der verspricht, sich für eine parlamentarische Enquete, die die Diskussion nach dem fairen Wettbewerb belebt und neue Lösungen vorschlägt, einzusetzen.

Urabstimmung zur Sonntagsöffnung in Wien

Die GPA-djp plant für März eine Urabstimmung zur Sonntagsöffnung unter den Wiener Handelsbeschäftigten. „Wir werden damit alle Zweifel über die Haltung der Wiener Handelsangestellten betreffend die Sonntagsarbeit ein für alle Mal vom Tisch räumen“, so die Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien, Barbara Teiber. Anlass für die neu aufgeflamte Diskussion ist der Vorstoß der Wiener Wirtschaftskammer für die Einrichtung von Tourismuszonen in Wien. Für die GPA-djp stehen die Interessen der Handelsangestellten im Zentrum. Bisher ergaben Befragungen der Beschäftigten immer ein klares Nein jenseits der 80 Prozent.

E-Wirtschaft: Bis zu plus 2,1 Prozent

Die Löhne und Gehälter (KV und Ist) in der Elektrizitätswirtschaft steigen zwischen 2,1 Prozent und 1,9 Prozent, die Erhöhung trat mit 1. Februar in Kraft. Der Abschluss nach intensiven Verhandlungen berücksichtigt die soziale Ausgewogenheit und die dieses Jahr besonders schwierige Lage der Branche. Der Kollektivvertrag, der zwischen der Produktionsgewerkschaft PRO-GE und der GPA-djp und Oesterreichs Energie ausverhandelt wurde, gilt für rund 16.000 ArbeitnehmerInnen in den österreichischen Elektrizitätsunternehmen.

BAGS: Plus 2,03 Prozent

Für die mehr als 100.000 Beschäftigten im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (BAGS) konnte bei den KV-Verhandlungen eine Erhöhung um 2,03 Prozent erreicht werden. Der von den Gewerkschaften GPA-djp und vida geforderte Mindestlohn bzw. das Mindestgrundgehalt wurde auf 1.500 Euro angehoben.

Mit 2015 gilt erstmals eine einheitliche Lohn- und Gehaltstabelle für alle ArbeitnehmerInnen der Branche in ganz Österreich. Die unterschiedlichen Forderungspunkte zum Rahmenrecht wurden ausgetauscht, die Verhandlungen dazu starteten im Jänner.



„Wir hatten alle gemeinsam erreicht, wofür wir gekämpft hatten, es hatte sich gelohnt!“ Mischa Osterberger und Verena Schallgruber vom Betriebsratsteam Niki freuen sich über ihre Erfolge.

Fly for Niki – work for Niki!

Wie man in einem Betrieb, in dem die meisten Beschäftigten LeiharbeiterInnen sind, einen Betriebsrat gründet und einen gemeinsamen Kollektivvertrag erkämpft.

von Barbara Lavaud

Manche Geschichten haben ein echtes Happy End. Auch wenn es am Anfang so aussieht wie der Kampf Davids gegen Goliath: Wenn nämlich in einem Betrieb mit rund 870 Beschäftigten 700 davon LeiharbeiterInnen sind und es außerdem keinen Betriebsrat gibt, so scheint es kein sehr aussichtsreiches Unterfangen, wenn man die Arbeitsbedingungen verbessern möchte. Verena Schallgruber und Mischa Osterberger von der Fluglinie Niki (ehem. Fly Niki) haben die Herausforderung angenommen – und gewonnen!

Schallgruber und Osterberger sind mittlerweile Betriebsräte und vertreten zusammen mit ihrem Team

alle Beschäftigten bei Niki – denn mit der Arbeitskräfteüberlassung ist es dank ihrer unermüdlichen Arbeit nun vorbei. „Am Anfang haben uns alle für verrückt erklärt, als wir den Kampf gegen die Zustände in der Firma aufnahmen“, erzählen die beiden. „Es war ein langer Weg, doch wir haben’s geschafft!“

Leiharbeit

Bei der Belegschaft war das Konstrukt mit dem Personaldienstleister, der die Mehrheit der Beschäftigten stellte, lange Zeit akzeptiert, da es anfangs keine allzu offensichtlichen Nachteile zu geben schien. LeiharbeiterInnen sollten eigentlich helfen, den Bedarf bei kurzfristigen

Arbeitsspitzen zu decken. „Sie sollten aber nicht 80 Prozent der Beschäftigten in einem Betrieb stellen, wo sehr spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse erwartet werden“, meint Schallgruber. In so einem Fall handelt es sich einfach um Umgehungsverträge des Arbeitgebers, zu dessen Vorteil. So wollte man auch die Gründung eines Betriebsrates verhindern.

Im Laufe der Jahre wurden die Nachteile spürbar: „Die Probleme begannen im zwischenmenschlichen Bereich“, erinnert sich Schallgruber. Es gab kein Gegenkommen der Firmenleitung damals, die MitarbeiterInnen litten unter mangelnder Wertschätzung gepaart mit

steigendem Arbeitsdruck. Gekämpft werden musste auch um selbstverständliche Dinge wie Essen an Bord für die Crew-Mitglieder.

Betriebsratsgründung

Noch dazu konnte man bei den anderen Airlines beobachten, wie es dort besser lief. Sowohl die AUA, als altingesessene Fluglinie, hatte natürlich einen Betriebsrat, aber auch die Schwesternairline Air Berlin war gut organisiert. „Man sah ja, wie für das Flugzeug, das neben dem eigenen am Boden stand, Crew-Essen geliefert wurde – und selbst musste man sich oft außerhalb der Ladenöffnungszeiten irgendwie das Essen organisieren“, erzählt Schallgruber.

Das Essen für die Crew konnte schließlich durchgesetzt werden. Trotzdem machte sich das Gefühl breit, dass der Handlungsbedarf dringlicher wurde. „Ich dachte damals: Entweder wir tun was, oder wir suchen uns neue Jobs“, berichtet Schallgruber. Und stellte zusammen mit einer Gruppe von KollegInnen 2012 eine Betriebsratswahl auf die Beine.

Was keine leichte Sache war, denn: Wie kann man einen Betriebsrat wählen, wenn die Beschäftigten in zwei verschiedenen Firmen angestellt sind? Zusammen mit den JuristInnen von der GPA-djp tüftelte man daher eine Wahl aus, bei der am gleichen Tag in beiden Firmen die gleichen BelegschaftsvertreterInnen gewählt wurden. „So haben wir es geschafft, das Konstrukt mit dem Personaldienstleister zu umgehen“, erklärt Osterberger.

„KV statt Supergau“

Auf den frisch gegründeten Betriebsrat wartete eine große Herausforderung. Ziel war es, nicht nur die Arbeitsbedingungen insgesamt zu verbessern, sondern vor allem die LeiharbeiterInnen in die Firma zu

holen. Mit Unterstützung der GPA-djp startete man daher eine große Kampagne mit dem Slogan „KV statt Supergau“. Die Deadline war der 1. Oktober 2014, 90 Tage vorher wurde ein Countdown gestartet. Neben einer Plakatkampagne und Flyern gab es auch eine Homepage und zahlreiche Give-Aways.

„Anfangs verrietten wir nicht, was wir genau vorhatten, es sollte spannend sein, auch der Geschäftsführung gegenüber“, berichtet Schallgruber. „Wir brachten möglichst viele Give-aways unter die Leute, damit es gut sichtbar wurde, dass sich da was zusammenbraute. Z. B. haben wir von einem Tag zum andern alle Kaffeetassen im Betrieb gegen solche mit dem KV-statt-Supergau-Slogan ausgetauscht. Die neuen Tassen sorgten beim Frühstückskaffee für Furore! Und die Geschäftsführung sah das natürlich.“



Schallgruber und Osterberger erinnern sich mit Stolz an die Kampagne. Auch wenn es damals viel Stress gab und man sich bewusst war, dass man ein Risiko einging. Im Betriebsratsbüro hängen immer noch die Kampagnenposter, die Flugbegleiterinnen zeigen, die den Müll im Flugzeug beseitigen – was leider Standard ist. Darunter der Slogan „fly for Niki – work for Niki“. Osterberger: „Die Leute waren motiviert mitzumachen. Es lag einfach zu vieles im Argern!“

Der Druck auf die Geschäftsführung wuchs. Während des 90-tägigen Countdowns organisierten die BetriebsrätInnen immer wieder Aktionen und Info-Veranstaltungen. Aus Solidarität trugen alle KollegInnen Schlüsselbänder mit Kampagnen-Slogans drauf.

Betriebs-KV seit Oktober

Der große Tag war schließlich dann schon der 29. September. „Wir hatten einen Plan B, für den Notfall“, erinnert sich Schallgruber, „aber der war zum Glück nicht notwendig. Denn die Geschäftsführung hat den Kollektivvertrag unterschrieben, alles ging gut.“ Am Morgen des 29. drängten sich alle Beschäftigten zur Betriebsversammlung, die Solidarität und die Motivation waren unheimlich stark. „Es war ein wahnsinnig gutes Gefühl“, sind Schallgruber und Osterberger sich einig, „wir hatten alle gemeinsam erreicht, wofür wir gekämpft hatten, es hatte sich gelohnt!“

Die Fluglinie Niki hatte mit 1. Oktober 2014 einen Betriebskollektivvertrag und mit 1. Jänner 2015 kam die Fixanstellung aller ArbeitnehmerInnen dazu. Die Zeiten der Arbeitskräfteüberlassung sind vorüber. Monatelange Arbeit und eine klug durchdachte Kampagne hatten sich bezahlt gemacht. „Die GPA hat uns sehr intensiv unterstützt, nicht nur bei der Kampagnenplanung. Wolfgang Katzian und Karl Proyer haben persönlich mit unserer Geschäftsführung verhandelt, und in den heißen Phasen war das sehr wichtig.“

Und wie geht es jetzt weiter, gibt es ein neues Projekt? „Für 2015 stehen die Neuwahlen des Betriebsrates an“, verrät Osterberger, „wann genau, wissen wir noch nicht. Als nächstes arbeiten wir mal die Strategie aus.“ Das sollte nach einer so erstklassigen Kampagne ja nicht so schwer fallen. ■



Gerade im Einzelhandel stellt das Kunden- und Verkaufsgespräch einen zentralen Teil der Lehrlingsausbildung dar.

Ran an die Kunden!

Lehrlinge im Handel klagen über zu wenig Wissensvermittlung und werden oft nur im Lager eingesetzt. Das neue Berufsbild bringt klare Verbesserungen.

von Andrea Rogy

Für Lehrlinge im österreichischen Handel ist es nicht immer leicht, einen optimalen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die Bereitschaft der Betriebe zur Ausbildung junger Menschen geht schon seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Wurden 1980 noch 194.089 Lehrlinge in den heimischen Betrieben ausgebildet, waren es im Jahr 2012 nur noch 125.228.

„Die Betriebe nehmen ihre Verantwortung zur Ausbildung junger Menschen immer seltener wahr.

Sie vergeben dadurch die Chance, junge MitarbeiterInnen umfassend zu schulen und eine enge Bindung zum Betrieb aufzubauen“, kritisiert der Bundesjugendsekretär der GPA-djp Helmut Gotthartsleitner.

Lediglich 20 Prozent der Betriebe, die Lehrlinge ausbilden könnten, tun das derzeit auch wirklich. Dabei möchten die jungen Menschen gerne so realitätsgetreu wie möglich, direkt in einem Betrieb ausgebildet werden und haben großes Interesse an Kundenkontakten.

Das bestätigt die jüngste Handelsumfrage 2014 der GPA-djp-Jugend: 50 Prozent der Befragten gaben an, dass es für sie schwer war, eine Lehrstelle zu finden, 42 Prozent der Handelslehrlinge üben nicht ihren Wunschberuf aus. „Es stellt der Wirtschaft kein gutes Zeugnis aus, dass immer weniger Betriebe dazu bereit sind, ihre eigenen dringend benötigten Fachkräfte auszubilden, während sich gleichzeitig viele UnternehmerInnen über den aktuellen Mangel an Fachkräften beschweren“, stellt Gotthartsleitner fest.

Zufrieden mit der Ausbildung

Die Zufriedenheit mit der ergrateten Ausbildung ist dann doch überwiegend groß. In der aktuellen Umfrage waren mehr als 80 Prozent der Lehrlinge mit ihrer Ausbildungssituation zufrieden. Schaut man ins Detail, so tun sich etliche Problemfelder auf: Viele Lehrlinge beklagen, dass sie zu wenig lernen, andere sind die meiste Zeit nur im Lager tätig. Ist das der Fall, kommt es kaum zu Kundenkontakten. „Doch gerade im Einzelhandel stellt das Kunden- und Verkaufsgespräch einen zentralen Teil der Lehrlingsausbildung dar“, sieht Gotthartsleitner dringenden Verbesserungsbedarf. Viele Lehrlinge kritisieren eine mangelhafte Wissensvermittlung in ihrer Ausbildung – das ist für den Bundesjugendsekretär total unakzeptabel: „Die Lehrlinge im Handel müssen sorgfältig und umfassend ausgebildet werden.“ Um die Wissensvermittlung in der Lehrlingsausbildung langfristig zu verbessern, hat die GPA-djp-Jugend in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer ein neues Berufsbild für die Ausbildung zum/ zur Einzelhandelskaufmann/-frau erarbeitet.

Motivation durch Schulung

Das zentrale Element des neuen Berufsbildes ist das Verkaufsgespräch, die Kernkompetenz der Handels-Beschäftigten. Rund um dieses Thema soll es Schulungen in Kommunikation und Konfliktfähigkeit geben. Das Lernen von Englisch ist ebenso fix verankert wie die Vermittlung von sozialen Kompetenzen. Gemeinsam mit den JugendvertrauensrätInnen in den Betrieben will Gotthartsleitner dafür sorgen, dass das neue Berufsbild auch in den Betrieben ankommt und tatsächlich umgesetzt wird: „Es ist unser Ziel, die Lehrlinge durch die Stärkung ihrer Kompetenzen zu motivieren.“

Aus den Daten der Handelsumfrage 2014 geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Befragten mit ihrer Lehrlingsentschädigung nicht zufrieden ist. Und das obwohl die Gewerkschaft durch Verhandlungen erreicht hat, dass die Lehrlingsentschädigungen nun schon das dritte Jahr in Folge überdurchschnittlich stark erhöht werden. „Offenbar haben viele Lehrlinge aufgrund steigender Lebenshaltungskosten trotz kräftiger Gehaltssteigerungen zu wenig Geld zum Leben“, bedauert Gotthartsleitner. Für das Jahr 2015 wurde eine Erhöhung von 3,29

Lehrlinge sollen durch die Stärkung ihrer Kompetenzen motiviert werden.

Prozent erreicht. Das bedeutet im 1. Lehrjahr um mindestens 196 Euro, im 2. Lehrjahr um mindestens 280 Euro und im 3. Lehrjahruim mindestens 420 Euro im Jahr mehr Verdienst.

Einen weiteren Grund für die Unzufriedenheit mit dem Einkommen sieht der Bundesjugendsekretär in der Tatsache, dass sich die Ausbildung von Lehrlingen immer stärker von den Betrieben wegbewegt, hin in Richtung überbetriebliche Ausbildungsstätten – das trifft auch im Handel zu. Im Jahr 2012 haben bereits 9.521 Lehrlinge ihren Beruf nicht in einem Betrieb erlernt, sondern wurden in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen ausgebildet und dann an einen Betrieb weiterverliehen. In den vom AMS finanzierten Ausbildungsstätten verdienen sie deutlich weniger als ihre KollegInnen in Handelsbetrieben.

Zu viele Überstunden

Darüber hinaus werden Lehrlinge im Handel regelmäßig durch Überstunden belastet, obwohl diese für Jugendliche unter 18 Jahren

gesetzlich verboten sind. Die Handelsumfrage 2014 zeigt, dass mehr als die Hälfte aller befragten Handelslehrlinge schon einmal Überstunden leisten musste. „Viele Betriebe nehmen die gesetzlichen Schutzbestimmungen für Jugendliche nicht ernst genug und ziehen diese zu Überstunden heran, obwohl das durch das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz verboten ist“, kritisiert Gotthartsleitner. Für den Gewerkschafter ist es völlig unverständlich, dass Jugendliche zu Überstunden verpflichtet werden, da sie als Lehrlinge eigentlich zum Zweck der Ausbildung im Betrieb sind. Was soll also in einer Überstunde gelernt oder vermittelt werden, das nicht auch während der regulären acht Stunden Arbeitszeit möglich wäre?

Das Ausmaß der Überstunden ist teilweise beträchtlich: Mehr als 40 Prozent der Befragten leisten bis zu fünf Überstunden im Monat, rund fünf Prozent leisten monatlich mehr als 15 Überstunden. Mehr als ein Drittel der Befragten gibt an, dass ihnen zumindest einmal die Überstunden weder in Geld noch in Zeit abgegolten wurden. Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen sagen, dass sie die Überstunden unfreiwillig erbringen mussten. ■

Umfrage

Bei der jährlichen Handelsumfrage der GPA-djp-Jugend konnten im Frühjahr 2014 von insgesamt 16.332 befragten Handelslehrlingen 2050 Antwortbögen ausgewertet werden. Mehr Infos: www.handelslehrling.at



Hunderte Gespräche: Die GPA-djp Burgenland hat sich in den vergangenen Monaten intensiv um die Handelsgestellten gekümmert.

Aktiv im Handel

Mit Aktionen im Burgenland konnte in den letzten Monaten im Handel einiges bewegt werden.

von Barbara Lavaud

Von August bis Dezember 2014 schwärmten GewerkschafterInnen im ganzen Burgenland aus, um das Gespräch mit den Angestellten im Handel zu suchen. Vor allem wurden viele Verteilaktionen durchgeführt, darunter gab es auch eine Sondernummer der KOMPETENZ nur für die Angestellten im Handel, die ausschließlich diese Branche zum Schwerpunkt hatte.

„Wir haben Hunderte Gespräche geführt, um die Anliegen der Menschen zu erfahren“, berichtet Regionalgeschäftsführer Michael Pieber. Die großen Themen dabei waren: 1.500 Euro Mindestgehalt für Vollzeitbeschäftigte ab Jänner 2015, die Entgeltreform, die sechste Urlaubswoche und die richtige Einstufung für KassierInnen. Forderungen also, an deren Umsetzung die GPA-djp

seit Jahren erfolgreich arbeitet. „Dazu haben wir die Beschäftigten ausführlich informiert. Wir haben aber auch viel über deren Probleme erfahren“, erzählt Pieber weiter. Der Schuh drückt vor allem bei der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die meisten Angestellten im Handel sind Frauen. Auch die Teilzeitarbeit, ob freiwillig oder unfreiwillig, war immer wieder Thema. „Wir haben auch oft von Problemen bei der Dienstenteilung oder bei der Einteilung der Urlaube gehört. Und nicht zuletzt auch mehrmals von unübersichtlichen oder schlicht nicht lesbaren Gehaltsabrechnungen.“

Besonders wichtig war ein flächendeckender Besuch. Große Aufmerksamkeit schenkte die GPA-djp den Fachmarkt- und Einkaufszentren,

wie das Outletcenter in Parndorf sowie Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf, Oberwart und Jennersdorf. „Einkaufszentren haben eine eigene Dynamik und oft andere oder zusätzliche Probleme, die es zu lösen gilt. Vor allem Parndorf ist der GPA-djp schon seit Jahren ein wichtiges Anliegen“, schildert Pieber.

Darüber hinaus gibt es seit Herbst auch einen eigenen Handelsstammtisch, der im Oktober erstmals in Neusiedl abgehalten wurde, eine gemeinsame Initiative mit dem zuständigen Kollektivvertragsverhandler Manfred Wolf. „Zum Glück sind wir im Burgenland im Handel gut vernetzt mit unseren BetriebsrätInnen, sowohl bei den großen Handelskonzernen, wie z. B. Billa, Spar, Lidl oder Libro, als auch in kleineren Unternehmen“, betont Pieber. ■



Broschüre: Psychische Belastungen

Die neue Broschüre hilft, psychische Belastungen bei der Arbeit zu bekämpfen und zu vermeiden.

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt können zu Stress, Fehlbeanspruchung und ernsthaften gesundheitlichen Problemen führen. Sie verursachen nicht nur persönliches Leid, sondern führen auch zu hohen betrieblichen Kosten und enormen Belastungen für die Sozialsysteme.

Das Thema psychische Gesundheit am Arbeitsplatz hat durch die Novelle zum ArbeitnehmerInnen-schutzgesetz (ASchG) von 2013 stark an Bedeutung gewonnen. Die Neuregelung hat für die ArbeitgeberInnen Verbindlichkeit geschaffen, was die Pflicht zur Evaluierung psychischer Belastungen betrifft. Das macht konkrete Maßnahmen in den Betrieben erforderlich.

Eine erste Bilanz über die Umsetzung dieser Vorgabe zeigt die vielschichtigen Herausforderungen, die sich in der Praxis ergeben, und liefert Erkenntnisse über bestehende Hindernisse.

Die Broschüre der GPA-djp soll eine praktische Handlungshilfe für jene sein, die in die Evaluierung psychischer Belastungen eingebunden sind. Sie beleuchtet Verantwortlichkeiten und Aufgaben und somit auch die verschiedenen Rollen der einzelnen AkteurInnen. Sie soll den Blickwinkel auf Handlungsfelder öffnen und auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten von BetriebsrätInnen thematisieren.

Mehr Infos: www.gpa-djp.at

Neue Beträge in der Sozialversicherung

Ab 1. Jänner 2015 beträgt die ASVG-Höchstbeitragsgrundlage 4.650 Euro monatlich. Die Geringfügigkeitsgrenze – und damit die Versicherungsgrenze – liegt bei 405,98 Euro monatlich bzw. 31,17 Euro täglich. Die Pensionen wurden um 1,7 Prozent erhöht. Pensionen mit einem Stichtag im Jahr 2014 werden erst ab 1. Jänner 2016 angepasst. Die Rezeptgebühr beträgt 5,55 Euro.

Weitere Informationen zu Höchstbeitragsgrundlagen, Geringfügigkeitsgrenzen, Beitragsätzen und Richtsätzen für Ausgleichszulagen finden Sie auf www.gpa-djp.at zum Downloaden!

Krankenstand

Winterzeit – Grippezeit! Wer erkrankt, hat Rechte und Pflichten gegenüber dem Arbeitgeber. Als ArbeitnehmerIn sind sie verpflichtet, ihrem Arbeitgeber unverzüglich den Krankenstand mitzuteilen. Das ist in den meisten Fällen ein Anruf in der Firma. Anschließend sollte man einen Arzt aufsuchen und sich krankschreiben lassen.

Der Arbeitgeber hat das Recht, eine Krankenstandsbestätigung zu verlangen. In der Bestätigung müssen Beginn, voraussichtliche Dauer und Ursache der Arbeitsverhinderung angeführt sein. Wobei mit Ursache nicht die Diagnose gemeint ist – man muss nicht anführen, woran man leidet. Wichtig ist nur, ob man an einer Krankheit leidet oder einen Unfall hatte. Der Arbeitgeber kann auch für einen eintägigen Krankenstand eine Bestätigung verlangen! Gehen Sie daher auf jeden Fall zum Arzt!

Wenn man den Krankenstand nicht meldet, kann das Folgen haben: Für die Dauer der Säumnis verliert man seinen Anspruch auf Entgelt. Der Arbeitgeber darf jedoch deshalb nicht das Arbeitsverhältnis durch fristlose Entlassung beenden.





Wichtig im Außendienst: Immer selbst Arbeitsaufzeichnungen führen!

Überstunden rechtzeitig geltend machen!

Die GPA-djp Kärnten klagte vor Gericht die Überstunden einer Verkaufsfahrerin ein.

von Birgit Binder-Fischer

Verena P.* war 6 Jahre lang als Verkaufsfahrerin für eine Firma tätig: Sie lieferte Lebensmittel an Privathaushalte aus und arbeitete dabei an 5 Tagen in der Woche durchschnittlich 11 Stunden pro Tag, in einer kürzeren Zeit war die Abarbeitung der täglichen Tourenliste nicht zu schaffen. In den letzten Wochen vor Weihnachten kamen dann noch die Samstage mit demselben Stundenausmaß hinzu.

Frau P. führte, da sie im Außendienst tätig war, immer selbst die Arbeitszeitaufzeichnungen und gab diese auch jeden Tag im Büro

ab. Ihre Aufzeichnungen wurden jedoch vonseiten des Dienstgebers massiv „bearbeitet“, indem Beginnzeiten verändert und mehrere Pausen eingetragen wurden, die von Frau P. aber nie in Anspruch genommen worden waren. Frau P. wurde sodann aufgefordert, diese manipulierten Arbeitszeitaufzeichnungen zu unterschreiben.

Nachdem Frau P. von ihrem Dienstgeber die Kündigung erhalten hatte, wandte sie sich an die Regionalgeschäftsstelle der GPA-djp und bat um Geltendmachung ihrer zahlreichen Mehr- und Überstunden.

„Hier war es von großem Vorteil, dass Frau P. für jeden Tag eine eigene Arbeitszeitaufzeichnung hatte und damit die geleisteten Stunden gut dokumentieren konnte“, berichtet die Kärntner Regionalgeschäftsführerin Jutta Brandhuber. „Wir haben ihr abgeraten, die vom Dienstgeber veränderten Aufzeichnungen zu unterschreiben, da sie sich sonst gemeinsam mit dem Dienstgeber der Urkundenfälschung strafbar machen würde“, so Brandhuber weiter.

Der Fall erwies sich jedoch als tückisch: Aufgrund der im



Rechtsexpertin
Andrea Komar

In dieser Ausgabe berichten wir über einen Fall aus Kärnten, bei dem unsere Rechtsschützerinnen einer Verkaufsfahrerin helfen, ihre Überstunden nachträglich ausbezahlt zu bekommen.

Handelskollektivvertrag enthaltenen Verfallsbestimmungen konnten leider nur noch jene Stunden geltend gemacht werden, die nicht länger als 6 Monate zurücklagen. „Frau P. hätte schon früher die offenen Stunden schriftlich gegenüber ihrem Dienstgeber geltend machen müssen“, erklärt Brandhuber die kollektivvertraglichen Bestimmungen. „Dann hätte nämlich die gesetzliche Verjährungsfrist gegolten und sie hätte die Ansprüche drei Jahre rückwirkend geltend machen können.“

Darüber hinaus enthielt Frau P.'s Dienstvertrag eine Klausel, wonach mit dem über dem Kollektivvertrag liegenden Entgelt sowohl Überstunden als auch Überstundenzuschläge abgegolten sind. „Grundsätzlich ist eine derartige Vereinbarung

zulässig“, führt Brandhuber aus, „allerdings mit der Einschränkung, dass damit natürlich nicht alle Stunden abgegolten sind, sondern eben nur jene, welche durch die Überzahlung auch wirklich abgedeckt sind.“ Tatsächlich hatte Frau P. in einzelnen Monaten aufgrund von Provisionszahlungen ein überkollektivvertragliches Gehalt bezogen. Dieser Differenzbetrag musste daher bei der nachgeforderten Summe in Abzug gebracht werden.

Nachdem trotz mehrmaliger schriftlicher Intervention durch die GPA-djp die offenen Stunden nicht bezahlt wurden, wurde Klage beim Arbeits- und Sozialgericht eingebracht. „Wir konnten letztendlich einen gerichtlichen Vergleich erreichen“, berichtet Jutta Brandhuber. Frau P. erhielt

mehr als die Hälfte des Klagsbetrages von ihrem ehemaligen Dienstgeber. „Unser Rat an alle, die in einer ähnlichen Situation sind: Machen Sie Überstunden rechtzeitig geltend! Wenn Sie nicht sicher sind, wie sie am besten vorgehen sollen, so fragen Sie ihren Betriebsrat oder ihre Gewerkschaft!“, appelliert Brandhuber an alle Betroffenen. ■

*Name von der Redaktion geändert

Rechtsinfo Überstundenaufzeichnungen

Es ist wichtig, dass DienstnehmerInnen selbst Arbeitszeitaufzeichnungen führen! Damit kann der/die DienstnehmerIn einerseits selbst besser nachrechnen, ob alle Stunden bezahlt wurden, und andererseits sind diese Aufzeichnungen ein wichtiges Beweismittel bei einer allfälligen späteren Geltendmachung durch die GPA-djp.

DienstnehmerInnen sollten keinesfalls Arbeitszeitaufzeichnungen, die nicht die tatsächlich geleistete Arbeitszeit wiedergeben, unterschreiben, da sie sich damit der Urkundenfälschung strafbar machen!

Sind geleistete Mehr- und Überstunden (samt allfälligen Zuschlägen!) nicht durch eine Überzahlung gedeckt, so müssen die darüber hinausgehenden Stunden zusätzlich abgegolten werden.

In vielen Kollektivverträgen gibt es hinsichtlich der Geltendmachung von Mehr- und Überstunden kurze Verfallsfristen von wenigen Monaten. Vorsicht: Werden die Stunden nicht innerhalb dieser Fristen – aus Beweisgründen am besten schriftlich – gegenüber dem Dienstgeber geltend gemacht, dann verfällt der Anspruch. Macht man die Überstunden aber rechtzeitig geltend, so gilt die gesetzliche Verjährungsfrist von drei Jahren.

Ihr Betriebsrat hilft ihnen gerne in Fragen zu Überstunden und Mehrarbeit, er kennt ihren Kollektivvertrag und dessen Regelungen. Oder sie wenden sich an die Regionalgeschäftsstelle der GPA-djp! Alle Adressen und Telefonnummern finden Sie auf: www.gpa-djp.at



Foto: WBVGPA

Studentenheim GreenHouse in Aspern – ab März besiedeln die ersten Studierenden das neue Studentenheim.

GreenHouse: Studentenheim der Zukunft

Studentenheim GreenHouse, Aspern: Ökologisch, flexibel und überdurchschnittlich komfortabel präsentiert sich das neue Wohnheim für Studierende.

von Christian Swoboda

Das Studenten-Wohnprojekt „GreenHouse“ im 22. Wiener Gemeindebezirk in der Seestadt Aspern befindet sich in der finalen Phase. Die letzten Innenausbauarbeiten werden in diesen Tagen abgeschlossen, sodass ab 1. März 2015 die top ausgestatteten Studenten-Apartments bezogen werden können.

Ein attraktives Angebot – zum fairen Preis

Das GreenHouse bietet 313 Studierenden ein hochwertiges, ökologisches nachhaltiges Wohnen – und

das zu einem Gesamtpreis ab 293 Euro (im Doppelzimmer) bzw. maximal 398 Euro (im Einzelzimmer) im Monat, inklusive aller Nebenkosten und Services, wie zum Beispiel Reinigung, persönlichen Internet- und Telekommunikationsanschluss und Nutzung der vielen Gemeinschaftseinrichtungen (bspw. Fitnessräume, Sauna, Musikübungsräume, Studier- und Freizeiträume). Darüber hinaus können die eigenen Möbel ruhig zu Hause im alten Jugendzimmer gelassen werden, denn alle Apartments sind voll möbliert! Es muss eigentlich nur noch der eigene Computer mitgebracht werden und

der neue Lebensabschnitt kann beginnen.

Die Vorteile liegen auf der Hand

Für die eigene Kleinstwohnung, ausgestattet mit einer Kochnische, einem Bad sowie einer Lern- und Ruhezone ist, wie sonst am freien Markt üblich, keine Maklerprovision zu entrichten. Wie bereits erwähnt, sind auch die Energie- und Telekommunikationskosten in der monatlichen Miete inkludiert – es kann somit am Ende des Monats keine böse Überraschung geben. Die leidigen Diskussionen mit anderen WG-BewohnerInnen, wer

mit dem Putzen dran ist, fällt ebenso flach, da im monatlichen Entgelt eine wöchentliche Reinigung inkludiert ist. Für Freunde, Geschwister oder Paare stehen im GreenHouse aber auch Doppelzimmer zur Verfügung. Durch die barrierefreie Bauweise sind ebenso BewohnerInnen mit körperlicher Beeinträchtigung sehr herzlich willkommen. Fünf Wohnplätze sind zusätzlich speziell behindertengerecht ausgestattet und in einer großen Wohngemeinschaft untergebracht.



Foto: WBVGPA

Wohneinheit im Studentenheim GreenHouse.

Naturnah und zentral

Das GreenHouse befindet sich am östlichen Stadtrand der Bundeshauptstadt – in der Seestadt Aspern. Direkt an der U-Bahnlinie U2 gelegen erreicht man von dort das Stadtzentrum Wiens in wenigen Minuten. Besonders angenehm ist, dass bereits auf dem halben Weg die neue Wirtschaftsuniversität liegt. Für Naturfreunde stehen die Naherholungsgebiete Donau, Neue Donau sowie die Alte Donau zur Verfügung. Hier kann relaxt, Rad gefahren und an warmen Tagen geschwommen oder Ausflüge mit dem Boot gemacht werden. Ausgedehnte Spaziergänge unternimmt man am besten in den nahegelegenen Donauauen, die eine wunderbare Naturvielfalt bieten.

GreenHouse – der Name ist Programm

Bei der Planung wurde großer Wert auf die Ökologie des Gebäudes gelegt. Das Studentenwohnheim wird den Passivhausstandard mit einem geplanten Heizwärmebedarf von ca. 10 kWh/m²/Jahr voll erfüllen. Das Wohnheim wird mit einer großzügigen Photovoltaikanlage ausgestattet und verfügt über ein Batteriespeichersystem, das unabhängig von der Energieproduktion die Versorgung im Haus sicherstellt. Weiters tragen die energieoptimierte Architektur mit Hochwärmedämmung,

die luftdichte Gebäudehülle und die kontrollierte Wohnraumlüftung zur positiven Energiebilanz bei, sodass Verbrauch und Produktion nahezu ausgeglichen sind.

Partnerschaftlich

Die WBV-GPA ist Errichterin und Bauherrin des GreenHouse und wendet hierfür rund 14 Mio. EUR auf. Die Planung des Gebäudes stammt aus der Feder der aap.architekten ZT-gmbh. Die ÖJAB fungiert als Heimleiterin. Alle drei Projektpartner (WBV-GPA, ÖJAB und OeAD-WV) sind in wirtschaftlicher Eigenverantwortung für die Belegung von jeweils ca. 100 Wohnplätzen verantwortlich.

Wohnungsberatung

WBV-GPA/
STUDENTENWOHNEN.AT
Guglgasse 8/4/2/2, A-1110 Wien

Mail: info@studentenwohnen.at
Tel: +43/1/913 69 DW 74, 75
www.studentenwohnen.at

Wohnplatz-Anfragen

Studierende, die in einem energieeffizienten Haus auf neuestem technologischen Standard wohnen wollen, haben ab sofort die Möglichkeit, sich auf www.studentenwohnen.at oder via Mail an studentenheim@wbv-gpa.at, aber auch telefonisch unter +43/1/913 69 DW 74 oder DW 75 ihr komplett ausgestattetes Apartment zu sichern. ■

Freie Wohnungen Citygate, Wien 21, Bezug März 2015

TOP-Neubauprojekt Citygate, Wien 21, Aderklaaer Straße 29

2 Varianten: Mieten mit Eigenmittel (Finanzierungsbeitrag) oder sofort Kaufen:

Wohnfläche inkl. Loggia	Finanzierungsbeitrag gesamt	inkl. BK und Ust.	Kaufpreis
68,33	32.637,00	583,84	172.947,12
92,45	47.773,00	854,61	253.154,48
69,13	35.002,00	626,14	185.479,52
58,39	29.799,00	533,07	157.908,24



© abortisov, Fotolia.at

Urlaubsfreude

Mit Ihrer GPA-djp-CARD vergünstigte Urlaubsangebote genießen oder verschenken! Ob Kurz- oder Wellness-Urlaub, da ist für jeden etwas dabei!



© Emotion

EMOTION Holidaybox

Genießen Sie Wellness-Urlaub in einem von über 30 renommierten Vitalhotels, wie dem Romantischlössl Elisabeth in Loipersdorf, oder überraschen Sie zwei Menschen, die Ihnen am Herzen liegen:

- freie Wahl aus über 30 Vitalhotels
- 3 Tage/2 Übernachtungen
- für 2 Personen im DZ
- inklusive Halbpension

Bei einem Wert von bis zu EUR 450,- erhalten Sie die Holidaybox mit Kennwort DAK2642 zum Sonderpreis von insgesamt nur EUR 259,-

Buchung: www.emotion-box.eu/bodyandsoul
office@emotion-box.eu
 Tel.: 01/503 42 22-0



© Vienna Sporthotel

Vienna Sporthotel****

Neben komfortablen, klimatisierten Einzel- und Doppelzimmern sowie einem ausgezeichneten Restaurant bietet Ihnen das Vienna Sporthotel**** Freizeitmöglichkeiten, die Sie in keinem anderen Hotel in Wien finden werden.

Sonderpreise für GPA-djp-Mitglieder pro Übernachtung:

- Einzelbelegung EUR 85,-
- Business EZ EUR 95,-
- Doppelbelegung EUR 110,-
- Business DZ EUR 125,-

Vienna Sporthotel
 Baumgasse 83
 1030 Wien
 Tel.: 01/798 82 01-1
 Fax: 01/798 82 01-415
info@vienna-sporthotel.at
www.vienna-sporthotel.at



© goodluz - Fotolia.com

Kurzurlaub.at

Österreichurlaub ab EUR 30,-. Wählen Sie aus über 3.000 Angeboten und buchen Sie auf www.kurzurlaub.at Ihren Kurzurlaub in Österreich.

- Wellnessurlaub
- Kuschelwochenende
- Thermentage
- Familienurlaub
- Städtetrip
- Skiurlaub
- Romantiktage
- Wochenendreisen
- Wandertage
- Luxus pur

Vor Abschluss der Buchung den 12-stelligen Gutscheincode `gpadjp10euro` eingeben und Sie erhalten einen Rabatt von EUR 10,- pro Buchung.

www.kurzurlaub.at

© Holiday Beach Budapest



Holiday Beach Budapest****

In einem der schönsten Bezirke von Budapest, unmittelbar an der Donau am Römer-Ufer, erwartet das mehrfach ausgezeichnete Holiday Beach Budapest seine Gäste in einem einzigartigen schiff förmigen Hotel mit 63 Zimmern und 5 Appartements sowie mit geschlossenem und bewachtem Parkplatz.

2 Nächte-Package für GPA-djp-Mitglieder nur EUR 99,-
Angebot gültig bis 30. April 2015!

Holiday Beach Budapest Wellness & Conference Hotel****

1039 Budapest, Piroska utca 3-5
Tel.: 0036/1/436-71 60
frontdesk@holidaybeach.hu

Mehr Infos zum Angebot unter
www.gpa-djp.at/card

© CAT



City Airport Train (CAT)

Mit nur 16 Minuten Fahrzeit ist der CAT das mit Abstand schnellste Verkehrsmittel vom Airport ins Zentrum von Wien und verkehrt täglich im Halbstundentakt von 5.36 bis 23.36 Uhr.

Ermäßigte Fahrkarten für GPA-djp-Mitglieder im Internet:

- Single Ticket EUR 10,-
- Return Ticket EUR 16,-

Um den ermäßigten Tarif buchen zu können, bitte im Feld „Promo Code“ folgenden Code eingeben:

- GPA-S für Single Ticket
- GPA-R für Return Ticket

Im Zug selbst muss zum Ticket die GPA-djp-CARD vorgewiesen werden!

Buchung und Infos:
www.cityairporttrain.com

© Casa San Luigi



Casa San Luigi

Im Zentrum der Toskana, in absoluter Ruhelage am Fuße des Monte Vaso gelegen mit herrlichem Panoramablick in das Chianti-Tal. Alle Sehenswürdigkeiten und geschichtsträchtigen Orte der Region sind in circa 60 Minuten erreichbar.

Für GPA-djp-Mitglieder ganzjährig 5 % Ermäßigung und Sonderangebot „7 = 6“ und „14 = 12“ im Zeitraum 29.3.-31.5. und 7.9.-15.11.2015

Valentinsangebot: eine Nacht gratis mit Romantikbrunch für alle Buchungen bis 28.2.2015

Casa San Luigi
Gabriele Fink in Schmickl
Tel.: 0039/333/39 52 173
E-Mail: gabriella@sanluigi.at
I-56034 Chianni, Pisa
www.sanluigi.at

Nähere Infos

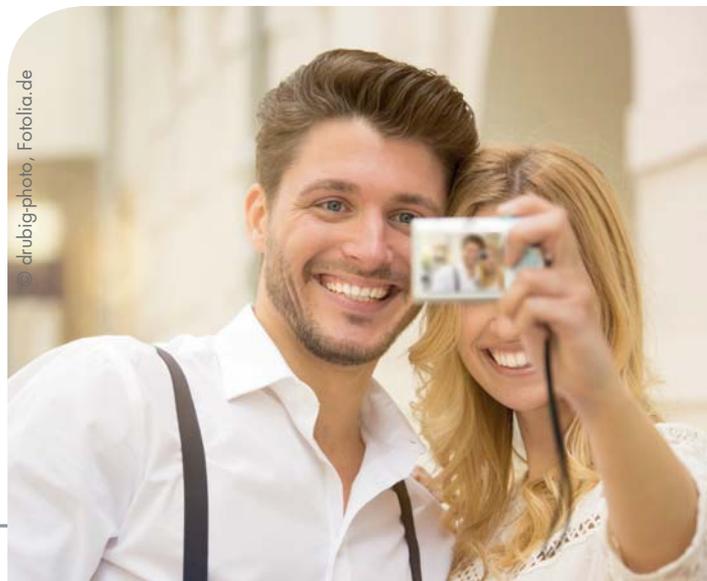
zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Jänner-Februar 2015



© drubig-photo, Fotolia.de



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 1. März 2015**. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Barbara Palffy



11. Feb. bis 28. März 2015

Der Hofnarr des Volkes
Theater franzjosefskai21

Freuen Sie sich auf einen absurd komischen Abend über Karl Valentin und Liesl Karlstadt für den Alexander Waechter selbst in die Rolle der Liesl Karlstadt schlüpft.

10 % CARD-Ermäßigung
Info: www.franzjosefskai21.at
Karten: 0664/179 80 50

© Elina Brotherus



21. Feb. bis 22. März 2015

Int. Akkordeon Festival
Versch. Veranstaltungsorte/Wien

Der Schwerpunkt „Akkordeonistinnen“ zeigt herausragende Künstlerinnen und deren Beiträge zur Akkordeonkultur. Die „Achse Berlin“ zieht sich als zweite Konstante durch das Festival.

10 % CARD-Ermäßigung
Info: www.akkordeonfestival.at
Karten: 0676/512 91 04

© Bettina Frenzel & Michael Kos



18. März bis 4. April 2015

Mutterland
KosmosTheater

Neun prämierte Kurzstücke geben den Blick frei auf das vielschichtige „dramatische Mutterland“ in Österreich lebender Autorinnen. Elisabeth Augustin verband diese Stücke zu einer abendfüllenden Uraufführung.

Info: www.kosmostheater.at
Karten: 01/523 12 26

© Release



22. + 23. März 2015

Rock Meets Classic 2015
Linz und Wien

Ein dreistündiges Liveprogramm, aus einer Symbiose weltbekannter Rock-Hits mit gefühlvoller Klassik, wird live dargeboten von legendären Rocksängern, unterstützt von einem Orchester und einer großartigen Rockband!

Info: www.rockmeetsclassic.de
Karten: 01/96 0 96

© Herbert Schulze



29. März 2015

ABBA THE SHOW
Wiener Stadthalle

Die Show gibt allen Fans die Gelegenheit, die größten Hits von ABBA noch einmal live zu erleben – ganz so, als stünden ABBA selbst auf der Bühne. Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder!

Buchung: tickets@lskonzerte.at
Info: 01/585 69 96-15 & 25

© Robert Freiberger



23. April 2015

James Last – Non-Stop-Music
Wiener Stadthalle

Dank der überaus gelungenen Zusammenstellung aus Titeln der unterschiedlichsten Richtungen wird jedes Konzert zu einem außergewöhnlichen musikalischen Erlebnis. Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder!

Buchung: tickets@lskonzerte.at
Info: 01/585 69 96-15 & 25

Mythen des Reichtums. Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet.

BEIGEWUM/Attac/Armutskonferenz:
VSA Verlag, € 12,80

Warum sammelt sich großer Reichtum in den Händen weniger? Und welche Folgen hat die ungleiche Verteilung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie? Reichtum und Armut sind die beiden Pole sozialer Ungleichheit. Das Interesse der Forschung hat lange Zeit eindeutig der Armut gegolten. Zum Thema Reichtum gibt es weniger Datenmaterial und Faktenwissen. Reichtum fasziniert dafür medial, beispielsweise über ReichenRankings und Millionärs- oder Millionärinnen-Homestories. Die dabei entstehenden Bilder haben einen Nachteil: Sie verschleiern die wirtschafts- und sozialpolitische Dimension von

Reichtum und tragen zur Mystifizierung bei.

Das AutorInnenkollektiv stellt daher den bestehenden Mythen des Reichtums Fakten entgegen. Aus verschiedenen Perspektiven wird den Strategien der Rechtfertigung von Reichtum und sozialer Ungleichheit nachgegangen. Dabei setzen sich die AutorInnen mit Gerechtigkeits- und Leistungsbegriffen auseinander und erörtern die empirische Vermögensforschung, auch mit Bezug auf die viel diskutierten Arbeiten von Thomas Piketty. Untersucht werden auch die Gefahren der Vermögenskonzentration für die Demokratie.

Der „Bonus-Track“: Ein von Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek eigens für die Reichtumskonferenz verfasster Text ist im Nachwort erstabgedruckt.



Über die HerausgeberInnen: Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist ein Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der

das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für die demokratische und soziale Gestaltung der Wirtschaft einsetzt. Die Armutskonferenz ist als Netzwerk sozialer Organisationen und Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv und thematisiert gemeinsam mit Armutsbetroffenen Hintergründe, Ursachen und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Stoppt die Banken. Wie Finanzinstitute unsere Zukunft verzocken.

Esther Mitterstieler, Braumüller
Verlag, € 21,90



„Alles ändern, um nichts zu ändern“, mit diesem Zitat von Giuseppe Tomasi di Lampedusa beschreibt Esther Mitterstieler den derzeitigen Zustand des Bankwesens. Es steht zu befürchten, dass das Bankwesen eines Tages

ebenso von den Folgen mangelnder Einsicht eingeholt werden wird wie das Sizilien des 19. Jh., das Lampedusa beschreibt. Das wäre fatal, sind doch die Banken die Grundlage für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft. Trotzdem hat die Krise zu keinem ernsthaften Umdenken geführt, das Bankwesen wurde nicht grundlegend verändert, sondern nur sehr oberflächlich.

Wenn es mit dem Bargeld knapp wird, so holt man sich einfach immer mehr Cash vom Geldautomaten. So sind auch internationale Banker in den Jahren vor und nach der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers vorgegangen. An den Beispielen USA, Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigt Esther Mitterstieler, wie der Staat in den vergangenen Jahren von den Banken in die Rolle eines Geldautomaten gedrängt wurde und wie die Finanzkrise nicht nur passieren, sondern zugunsten einiger

Banken zum Teil sogar künstlich verlängert werden konnte.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie mit öffentlichen Finanzen in Zeiten der Krise verantwortungsvoll umgegangen werden kann, zeigt die Autorin auf, warum Banken weiter zocken, aus welchem Grund es noch immer keine überzeugende Zukunftslösung für Banken gibt, und nicht zuletzt warum es so wichtig ist, dass wir aus Fällen wie Lehman Brothers oder Hypo Alpe Adria Group lernen.

Esther Mitterstieler, geb. 1968 in Südtirol, ist seit 1994 Journalistin für zahlreiche Medien in Italien, Österreich und Deutschland. Sie arbeitete als Redakteurin beim Standard und bis Ende 2013 als Chefredakteurin beim Wirtschaftsblatt.

Die vorgestellten Bücher sind **portofrei** über den **Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes** GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, zu beziehen. Mehr dazu auf www.oegbverlag.at

28. märz — 8. november 2015

WIKINGER!



GEWINNSPIEL

Gewinnen Sie mit der GPA-djp eine **Übernachtung für zwei Personen und den Besuch zur Ausstellung „WIKINGER!“ auf der Schallaburg.**

Mit etwas Glück genießen Sie bald 2 Nächte für 2 Personen inkl. Frühstück im Steinschalerhof im Doppelzimmer Südgarten mit Whirlwanne.

Zusätzlich erwartet Sie der Eintritt auf die Schallaburg mit einer Führung sowie eine individuelle Besichtigung von Schloss und Garten.

Senden Sie eine Postkarte an:
 Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
 oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiele.
 Einsendeschluss ist 1.3.2015. Keine Barablösung.
 Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Für GPA-djp-Mitglieder ermäßigter Eintritt € 9,- (anstatt € 10,-)
 Gültig gegen Vorlage der GPA-djp CARD

Beratung
 Rechtsschutz & Unterstützung
 Vorteilsangebote Ermäßigungen

GPA-djp CARD



001234567

Max Mustermann

gültig bis: 00/00

OGB card



www.schallaburg.at